

Erklärung von Rudolf Kirchschräger vor der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (Helsinki, 5. Juli 1973)

Legende: In der ersten Phase der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) legt der österreichische Außenminister Rudolf Kirchschräger am 5. Juli 1973 die Haltung Österreichs hinsichtlich der Empfehlungen der KSZE dar und plädiert für die Fortführung einer Sicherheitspolitik in Europa.

Quelle: Erklärung des Herrn Bundesministers für Auswärtige Angelegenheiten Dr. Rudolf Kirchschräger vor der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa in Helsinki am 5. Juli 1973. Wien: Bundesministerium für Auswärtige Angelegenheiten. Abteilung Presse und Information, 1973.

Urheberrecht: Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten

URL:

http://www.cvce.eu/obj/erklarung_von_rudolf_kirchschräger_vor_der_konferenz_fur_sicherheit_und_zusammenarbeit_in_europa_helsinki_5_juli_1973-de-b7ae6ee7-a549-4b05-b25e-2be8ddcc15d3.html

Publication date: 04/09/2012

Erklärung von Rudolf Kirchschläger vor der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (Helsinki, 5. Juli 1973)

Obwohl schon oft genagt, lassen Sie auch mich es wiederholen: Wir anerkennen mit großem Respekt die vorzügliche organisatorische Leistung unserer finnischen Freunde; wir freuen uns über die aufrichtige Gastfreundschaft, die wir überall spüren, wir genießen dieses architektonisch besonders ansprechende Finlandia-Haus, kurz: wir sind der finnischen Regierung und dem finnischen Volk sehr dafür dankbar, daß sie in so beispielhafter Weise und die denkbar beste Umwelt für diese Konferenz geschaffen haben. Wir sind der finnischen Regierung aber auch dafür dankbar, daß sie in all den vergangenen Jahren nicht müde wurde, immer wieder zur angemessenen Zeit die notwendigen Initiativen zu ergreifen, damit es zu dieser für die Zukunft unseres Kontinents bedeutsamen Konferenz kommen konnte.

In der ersten Sitzung dieser Außenministerkonferenz haben wir auch formell jene Empfehlungen genehmigt, denen wir durch unsere Vertreter in den vorangegangenen Konsultationen bereits unsere Zustimmung gegeben haben. Diese Empfehlungen sind und konnten nur ein Kompromiß sein, in welchem sich für keinen der Teilnehmerstaaten alle Wünsche und alle Zielvorstellungen erfüllt haben. Zu verschieden sind die geschichtlichen Erfahrungen, zu verschieden auch die gesellschaftspolitischen Konsequenzen, die aus diesen Erfahrungen gezogen wurden. Es ist notwendig, dies zu sehen, um darauf vorbereitet zu sein, daß auch in der kommenden zweiten Phase der Konferenz das sachliche Ringen um den besten Weg nach Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa fort dauern wird. Diese Feststellung enthält kein negatives Element, sondern lediglich die Erkenntnis, daß mit dieser ersten Phase der Konferenz zwar Weichen gestellt werden können, die Gewährleistung von Sicherheit und Zusammenarbeit aber noch vieler Anstrengungen bedarf, die über die Konferenz als solche hinausgehen.

Es ist verlockend, bei einem Anlaß wie es diese Konferenz ist, von großen Visionen zu sprechen, von einem Europa, das, so wie es in der Vergangenheit den Krieg über die Welt gebracht hat, nunmehr die geistigen Kräfte ausstrahlt und zu einem Beispiel des möglichen dauernden Friedens wird. Aber so notwendig es ist, das Ziel zu sehen, mindestens ebenso notwendig scheint es, sich auf die unzählig vielen, manchmal für sich allein gering erscheinenden konkreten Schritte zu konzentrieren, die die einzige Chance sind, dieses Ziel zu erreichen. Einfacher gesagt: Der Friede und die Sicherheit brauchen wenige Worte, aber viele konkrete Taten. Nur durch Taten kann auch jenes sachlich begründete Vertrauensverhältnis zwischen den Staaten entstehen, das die Voraussetzung für ein Fortschreiten des auf bilateraler Ebene eingeleiteten Entspannungsprozesses zu einem multilateralen Zustand der Entspannung ist.

Das Bekenntnis der Republik Österreich zu der vorbehaltlosen Einhaltung der zehn Prinzipien, die in den Schlussempfehlungen aufgezählt sind, ist selbstverständlich. Wir sehen diese Prinzipien in ihrem inneren unlöslichen Zusammenhang und in ihrer Übereinstimmung mit den Zielen und Grundsätzen der Vereinten Nationen und insbesondere mit der Deklaration über die Prinzipien des Völkerrechts betreffend die freundschaftlichen Beziehungen und die Zusammenarbeit zwischen den Staaten vom 25. Oktober 1970. Ich kann es mir gerade wegen dieses unlöslichen inneren Zusammenhanges der Prinzipien versagen, eine Bewertung und Würdigung jedes einzelnen Prinzips vorzunehmen. Es sei in diesem Zusammenhang aber doch angemerkt, daß meine -Regierung es für außerordentlich Bedeutsam ansieht, daß unter diesen Prinzipien auch die "Achtung der Menschenrechte und Grundfreiheiten, einschließlich der Gedankens-, Gewissens-, Religions- oder Überzeugungsfreiheit" als ein Prinzip anerkannt wird, das nicht nur die Behandlung des einzelnen Menschen durch den Staat regeln soll, sondern auch als einer der Grundsätze, "die die gegenseitigen Beziehungen der Teilnehmerstaaten leiten" und deren Achtung - so sagt Paragraph 21 der Schlußempfehlungen - "die Entwicklung nationaler und freundschaftlicher Beziehungen zwischen den Teilnehmerstaaten sowie ihrer politischen Kontakte begünstigen" werden. Der enge Zusammenhang zwischen der Sicherheit des Staates und der Sicherheit des einzelnen Menschen ist mit der Inkludierung dieses Prinzips in die Liste der zehn Grundsätze kontinentweit anerkannt worden. Dies ist ein großer Fortschritt, denn er führt zu der Konsequenz, daß der Mensch und nicht der Staat das Ziel unserer Politik ist. Vielleicht fragen Sie: Hat ein Staat in der Größe der Republik Österreich, der in einer Zone Europas liegt, in welcher sich - wie nie zuvor - militärisches Potential geballt findet, keine größere Sorge um seine Sicherheit als jene um die Achtung der Menschenrechte und Grundfreiheiten? Sicher, wir haben auch andere Sorgen, aber mir scheint es eine der großen Pflichten eines immerwährend neutralen Staates zu sein, nicht müde zu

werden, die den Menschen zugewandte Seite der Politik stets aufs neue zu fordern und ihre Bedeutung zu unterstreichen.

Wir haben uns hier zu dieser Konferenz versammelt mit dem erklärten Ziel, unseren Kontinent sicherer zu machen, ihn - um mit den Worten der Charter der Vereinten Nationen zu sprechen - für alle Zukunft von der Geißel des Krieges zu befreien.

Wollen wir nicht ein pures Gedankengebäude errichten, das mit den Realitäten nicht Schritt hält, müssen wir sehr genau überlegen, was an die Stelle jener Gewalt treten soll, die nicht nur in der Form eines militärischen Handelns, sondern auch in den verschiedenen anderen Formen unerlaubten Zwanges in Erscheinung treten kann und in der Vergangenheit eine der negativsten Funktionen im zwischenstaatlichen Leben ausgeübt hat. Die Antwort kann meines Beachtens nur in der Ausarbeitung von Regeln für einen Streitschlichtungsmechanismus liegen. Dies ist eine komplizierte Aufgabe, die reiflicher Überlegungen bedarf. Aber sie ist nicht so kompliziert, daß es nicht möglich wäre, über eine nur politische Absichtserklärung hinauszugehen. Im Gegenteil, meine Regierung ist überzeugt, daß es in der zweiten Phase dieser Konferenz möglich sein müßte, eine verbindliche Absprache über die wesentlichen Elemente und über die Struktur eines solchen Streitschlichtungsmechanismus zu erarbeiten. Ein solcher, einmal funktionierender Mechanismus würde alle Teilnehmerstaaten, vor allen die kleineren von ihnen, in der Überzeugung bestärken, daß die faktische Anwendung der Grundsätze, über die wir schon in der Beschlußfassung über die Schlußempfehlungen übereingekommen sind, nicht der einseitigen Interpretation und nicht den Ermessen einzelner anderer Staaten überlassen bleibt, sondern auf einer unparteiischen Ebene durchgesetzt werden kann.

Herr Präsident, es würde der Offenheit und Ehrlichkeit der Aussprache, die wir hier führen, nicht gerecht werden, würde ich zwei Momente nicht erwähnen, die in den Schlußempfehlungen zwar mit unserem Konsens, aber doch nicht zu unserer Befriedigung geregelt sind.

Ich meine damit als erstes den nach unserer Auffassung zu schwachen Ausdruck des Konnexes, der gerade für Staaten wie Österreich zwischen den Deklarationen über die Sicherheit und der Verminderung des Militärpotentials besteht. Das Zugeständnis der vertrauensbildenden Maßnahmen ist hiefür kaum als Ersatz anzusehen. Die Sicherheit nimmt durch etwa eine Information über Manöver in der Nachbarschaft nur wenig zu und die Paktsysteme selbst dürften, wenn die Nachrichten nicht trügen, hinreichend technische Mittel haben, um solche Manöver auch direkt und selbständig festzustellen. Es sei zugestanden, auch die Verminderung des Militärpotentials - natürlich in einer Weise, daß keine Beeinträchtigung der Sicherheit einer der Seiten eintritt - führt für sich allein noch zu keinem Plus an Sicherheit, aber sie gibt einem paktungebundenen Staat wie der Republik Österreich wenigstens einen glaubhaften Hinweis dafür, ob die Paktsysteme selbst jenes sachlich begründete Vertrauen haben, das konkrete Konsequenzen der Deklarationen über die Sicherheit rechtfertigt. Österreich hätte daher, wenn schon wegen der Kompliziertheit der Materie die militärischen Gespräche nicht im Rahmen etwa eines Arbeitsorganes dieser Konferenz geführt werden können, aus seinem eigenen Interesse heraus, aber auch aus grundsätzlichen, mit der Abrüstung im ganzen zusammenhängenden Erwägungen einen intensiveren Zusammenhang zwischen der Konferenz und den Wiener Gesprächen bevorzugt.

Das zweite Moment ist die Tatsache, daß sich die Mehrheit der an den Vorbereitungsgesprächen teilnehmenden Staaten der österreichischen Anregung verschlossen hat, die Frage zu erörtern, welchen Beitrag die europäischen Staaten zu einer Verminderung der Spannung im Nahen Osten leisten können. Ich stelle hier fest: Nie war daran gedacht, die Konferenz über die Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa in eine Konferenz über den Frieden im Nahen Osten umzufunktionieren. Aber die sehr unmittelbaren Konsequenzen dieses Konfliktes spüren und spürten wir auch auf unserem Kontinent und wir werden sie noch stärker erleben, wenn es nicht gelingt, diesen Konfliktherd ruhig zu stellen. Es schien meiner Regierung daher notwendig, die Aufmerksamkeit der teilnehmenden Staaten darauf zu lenken, daß es - auch im Interesse der Sicherheit und der friedlichen Entwicklung in Europa - wohl unabdingbar sein wird, auch einen europäischen Beitrag zu einer Entspannung in Nahen Osten zu leisten, und zwar in einer Form, die einer Erörterung wert gewesen wäre. Wir sind und wir waren bei Unterbreitung dieser Anregung nicht Mandatar einer der betroffenen Regierungen, sondern wir fühlten uns dazu verpflichtet, aufgrund der vielen

menschlichen und historisch gewachsenen Kontakte, die uns mit den am Konflikt hauptsächlich beteiligten Völkern verbinden, aber auch aufgrund der Sorge, die wir für eine friedliche Entwicklung unseres Kontinents haben, wenn der Spannungszustand im Nahen Osten in unverminderter Härte anhält.

Herr Präsident! Ich wende mich nunmehr dem zweiten Ziele der Konferenz, der Zusammenarbeit zu. Diese Zusammenarbeit hat zwei Aspekte: Sie ist vorerst eine politische Aktion, geeignet, dem Ziele der Sicherheit, der Entspannung und den Frieden auf unserem Kontinent zu dienen. So gesehen, ist die Zusammenarbeit in den Bereichen der Wirtschaft, der Wissenschaft und der Technik sowie der Umwelt, ebenso wie die Zusammenarbeit in humanitären und anderen Bereichen ein politisches Mittel zur Durchsetzung des politischen Zieles einer friedlichen Entwicklung auf unserem Kontinent.

Meine Regierung bejaht diese Zusammenarbeit, nicht nur aufgrund theoretischer Überlegungen, sondern aufgrund der weitreichenden und guten Erfahrungen, die Österreich in den vergangenen eineinhalb Jahrzehnten damit gemacht hat. Die Atmosphäre des Vertrauens und der gegenseitigen Glaubwürdigkeit, die durch diese Zusammenarbeit geschaffen wurde, ist von besonderem Wert auch für die Entwicklung der politischen Beziehungen gewesen.

Diese Zusammenarbeit hat aber auch ihre unmittelbaren Konsequenzen auf den einzelnen Sachgebieten. Sie kann, entsprechend gehandhabt und sich Schritt für Schritt erweiternd, für alle Beteiligten von großem Vorteil sein, ja noch mehr, sie wird auch nur von Dauer sein können, wenn jeder Teil daraus den ihm adäquat erscheinenden Nutzen zu ziehen in der Lage ist. Die Schlussempfehlungen haben verschiedene Möglichkeiten einer Zusammenarbeit in den Bereichen der Wirtschaft, der Wissenschaft und der Technik sowie der Umwelt aufgezeigt. Meiner Regierung scheint es, dass diese Aufzählung keine erschöpfende sein soll. Ich denke zum Beispiel an eine stärkere Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Zahlungsverkehrs zwischen den Planwirtschaftsländern und den Ländern der Marktwirtschaft, und ich verweise auf einen von österreichischen Bundeskanzler Dr. Kreisky immer wieder ventilierten Gedanken eines Ausbaues der europaweiten Wasserwege. Eine Zeit, in der die Inbetriebnahme des Europakanals bereits in eine greifbare Nähe gerückt ist und das Strassen- und Eisenbahnnetz überfordert ist, scheint gebieterisch nach einem Ausbau eines gesamteuropäischen Wasserstraßensystems zu rufen. Es ist nicht unmittelbare Aufgabe Österreichs, auch auf die großen Möglichkeiten hinzuweisen, die in künftigen Kontakten zwischen den Europäischen Gemeinschaften und dem Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe liegen. Wenn ich dies trotzdem erwähne, dann deswegen, weil auch Österreich von einer solchen, den Reibungsverlust vermeidenden Kooperation der beiden Wirtschaftssysteme nur gewinnen kann.

Vielleicht können wir aus den Erfahrungen - nicht nur der Nachkriegszeit - den Schluss ziehen, dass die Tendenz zur Autarkie der einzelnen Volkswirtschaften zu keinem Erfolg, sondern nur zu Spannungen wirtschaftlicher und politischer Natur geführt hat. Dies gilt in denselbem Masse auch für die Autarkietendenzen der einzelnen Wirtschaftssysteme. Die Erkenntnis von der Notwendigkeit arbeitsteiliger Wirtschaft gilt - wir sehen dies immer deutlicher - nicht nur innerhalb der einzelnen Wirtschaftssysteme, sondern sie gilt in einem kontinent-, wenn nicht weltweiten Maßstab.

Es ist ein großes Verdienst der Vorbereitungsgespräche für diese Konferenz, daß in ihnen die Notwendigkeit einer Kooperation nicht nur auf den soeben behandelten Gebiet der Wirtschaft in weitem Sinn des Wortes, also eingeschlossen der Wissenschaft und Technik sowie der Umwelt, behandelt wurde, sondern daß auch die Zusammenarbeit in humanitären und anderen Bereichen als ein Mittel erkannt wurde, das "zur Stärkung des Friedens und zur Verständigung zwischen den Völkern der Teilnehmerstaaten" beiträgt. Auch hier hat Österreich schon in der Vergangenheit gute, ja sehr gute Erfahrungen gemacht. Es besteht eine sehr deutlich erkennbare Wechselwirkung zwischen der Güte der politischen Beziehungen zu einem Staat und der großzügigen Entwicklung der menschlichen Kontakte in allen ihren einzelnen Erscheinungsformen, wie insbesondere Familienzusammenführung, Eheschließungen zwischen Angehörigen verschiedener Staaten, Reise- und Besuchsmöglichkeiten, und der Verbesserung der Bedingungen für den Tourismus, vor allen auf individueller Grundlage. Wenn ich diese Entwicklung der menschlichen Kontakte besonders hervorhebe, dann tue ich dies wieder mit dem Blick auf den schon eingangs erwähnten Grundsatz, daß der Mensch das Ziel und das Zentrum unserer Politik sein muß. Daß die Republik Österreich gleichzeitig die Zusammenarbeit und den Austausch im Bereich der Kultur und im

Bereich des Bildungswesens und der Wissenschaft nicht unterschätzt, zeigen die vielen Kulturabkommen, die Österreich - und auch hier will ich unterstreichen - mit gutem Erfolg mit Ländern verschiedener Gesellschaftsordnung abgeschlossen hat.

Herr Präsident, in diesen Tagen werden wir von jenen, die die öffentliche Meinung mitformen, sehr oft gefragt, was wir von dieser Konferenz und von der ganzen Entwicklung in Europa halten. Ich gebe darauf zur Antwort, daß ich glaube - und meine Regierung teilt diese Ansicht -, daß wir auf einem guten Weg sind, aber wir sind auf einem Weg und noch nicht am Ziel. Vielleicht ist es müßig, dies zu unterstreichen, da niemand, der die politische Entwicklung sehend überblickt, meinen kann, daß das Ziel eines friedlichen und sicheren Europa endgültig gewonnen werden könnte, daß es für inner unverlierbar sei. Unsere Generation, und so hoffen wir, auch die uns nachfolgenden Generationen werden um dieses hohe Gut immer aufs neue ringen und für dieses Ziel arbeiten müssen. Wer am Wege ist, der soll versuchen, nur vorwärts zu schreiten. Auch wir müssen dies tun. Wir haben diese Konferenz zum Teil dazu benützt, um die Standpunkte unserer Regierungen in einzelnen Punkten nochmals in ihrer Entwicklung vom Ausgangspunkt her darzulegen, aber wir haben auch mit Konsensus zu den Schlussempfehlungen, die uns vorliegen, unser eindeutiges Ja gesagt. Mir scheint es notwendig, dass in der kommenden zweiten Phase dieser Konferenz wir nicht mehr von unseren Ausgangspunkten ausgehen, sondern von den Beschlüssen, die wir durch die Annahme der Schlussempfehlungen auf dieser Außenministerkonferenz gefaßt haben. Dieses Herangehen an die weitere Arbeit entspricht der Güte der Vorbereitung dieser Konferenz, aber auch der Arbeitsökonomie, ganz besonders aber auch der politischen Entwicklung, die auf unserem Kontinent eingetreten ist.

Es mag sein, daß niemand von uns bereits heute feststellen kann, wie rasch oder auch wie schwierig sich die politische Entwicklung in Europa in den nächsten Jahren vollzieht. Die historische Erfahrung spricht dafür, daß die Unsumme an Verschiedenheiten, die sich durch Freund-Feind-Positionen und durch die verschiedenen gesellschaftlichen Systeme aufgebaut haben, nicht in einer Konferenz einer Lösung zugeführt werden können. Vielleicht werden wir zu einer Zeit, die heute noch nicht bestimmbar ist, bis zu der wir aber auf unserem Weg wieder ein Stück weitergegangen sind, eine weitere Konferenz über die Sicherheit und Zusammenarbeit benötigen. Vielleicht werden wir auch zwischen diesen Konferenzen einen bescheidenen Mechanismus benötigen, der die Kontakte aufrecht erhält. Meine Regierung verneint aber nicht, daß wir zur Schaffung neuer großer administrativer Apparate unsere Zuflucht oder unseren Ausweg suchen sollen. Wir haben in Europa für einzelne Bereiche kontinentweite Organisationen und wir haben Organisationen, die politisch oder geographisch nur Teilbereiche decken, die aber zu einer Erweiterung ihres Aufgabenkreises ihrer Struktur nach fähig sind. Ich möchte in diesem Zusammenhang auch den Europarat erwähnen. Er bietet sich aufgrund seiner bisherigen Arbeit für eine Kooperation auf dem Sektor der Jugendarbeit, der Bildung und Erziehung, der kulturellen Zusammenarbeit oder der Rechtsvereinheitlichung besonders an.

Ich habe bewusst vermieden, in den Erwägungen meiner Regierung zu dem gegenwärtig in Europa in gang befindlichen Entspannungsprozeß jene Rolle besonders hervorzuheben, die Österreich als einen immerwährend neutralen Staate im Zentrum dieses Kontinents zukommt. Die österreichische Politik seit dem Jahre 1955, dem Jahr der Erklärung der immerwährenden Neutralität, liegt offen vor Ihnen. Österreich hat in diesen knapp zwei Dezennien versucht, eine der Neutralität entsprechende unabhängige Politik zu führen. Das österreichische Volk und seine Regierung haben nie einen Zweifel an ihrem gesellschaftspolitischen Standort gelassen und gleichzeitig wurden die Beziehungen über ideologische Grenzen hinweg in einer vielfältigen Weise ausgebaut. Für die Republik Österreich ist der Weg, zu dem wir uns hier auf dieser Konferenz durch die ausdrückliche Annahme der Schlußempfehlungen der Vorbereitungsgespräche entschlossen haben, kein neuer und kein unbekannter Weg. Fast zwei Jahrzehnte lange Erfahrungen geben uns den Mut zu einem auf Tatsachen gegründeten optimistischen Approach. Kein Staat und kein Kontinent ist einem blinden Schicksal verfallen. Die Menschen sind es und ihre Regierungen, die die richtigen Entscheidungen zu treffen haben. Darin liegt unser aller große Verantwortung.